

Erzgebirgischer Volksfreund

Tageblatt, enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaften Schwarzenberg und Zwickau, sowie der Staats- u. Städtischen Behörden in Aue, Grünhain, Hartenstein, Johanngeorgenstadt, Löbnitz, Neustädtel, Schneeberg, Schwarzenberg bzw. Wildenfels.
Verlag von C. M. Gärtner, Aue, Erzgeb.
Fernsprech-Anschlüsse: Aue 81, Löbnitz (Amt Aue) 440, Schneeberg 10, Schwarzenberg 18.
Druckanschritt: Volksfreund Erzgebirge.

Wichtigste Nachrichten für die am nächsten erscheinende Nummer des Sonntags 8. Sept. in den Sonntagsausgaben. Die Redaktion für die Redaktion der Zeitung am morgigen Tage hat es beabsichtigt, die Zeitung nicht zu geben, auch nicht für die nächsten der hiesigen Sonntagsausgaben. Die Redaktion der Zeitung am morgigen Tage hat es beabsichtigt, die Zeitung nicht zu geben, auch nicht für die nächsten der hiesigen Sonntagsausgaben. Die Redaktion der Zeitung am morgigen Tage hat es beabsichtigt, die Zeitung nicht zu geben, auch nicht für die nächsten der hiesigen Sonntagsausgaben.

Nr. 212.

Sonnabend, den 10. September 1921.

74. Jahrg.

Der mitteldeutsche Aufbruch und die heutige Lage.

Was schreibt uns:
Der dem Untersuchungsausschuss des Reichstages vorgelegte Bericht, seit drei Tagen die Vorgänge wieder aufzurollt, die sich in Mitteldeutschland in den Tagen des blutigen kommunistischen Aufbruchs abgespielt haben. Es handelt sich nicht um die richterliche Untersuchung, die mit der Tätigkeit der Sondergerichte und der Aburteilung des Vandalenführers Böll ihren Abschluss bereits gefunden hat. Vor dem parlamentarischen Untersuchungsausschuss, der auf den Antrag der Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei zusammengesetzt ist, sollen die politischen Vorgänge geklärt und soll namentlich festgestellt werden, ob die preussische Regierung und ihre Verwaltungsorgane dem Aufbruch vom ersten Tage an mit den richtigen Mitteln entgegengetreten sind oder ob sie die Fänge zu locker geführt haben. Der Untersuchungsausschuss wird sich wohl auf eine längere Tagungsperiode einrichten müssen. Eine Klärung kann nur durch eingehende Zeugenerhebung herbeigeführt werden. Und diese hat eigentlich erst am Donnerstag eingesetzt, nachdem die beiden Herren Goering und Hörsing in der Hauptsache den bereits bekannten Standpunkt vertreten hatten, den Herr Goering als damaliger Ministerpräsident und Herr Hörsing als Oberpräsident eingenommen hat. Man kann deshalb auch bis jetzt noch nicht davon sprechen, daß viel neues Licht in die Angelegenheit gekommen sei, so viel Mühe sich auch die diemotralen Berichterstatter, der deutschnationale Abgeordnete Dr. Grandner und der unabhängige Abgeordnete Liebschütz, bis jetzt schon gegeben haben, die Ehre zu einem Tribunal zu machen.

Die Bilder des mitteldeutschen Aufbruchs werden sich also noch längere Zeit vor unseren Augen aufrollen. Kann man diesem Schauspiel mit dem ruhigen Bewußtsein folgen, daß es sich nur um eine rückwärtige Betrachtung handelt? Leider nein! Denn wir leben immer noch auf vulkanischem Boden und es geht uns wie den Bewohnern solcher Gegenden, die bei dem Vericht über ein Erdbeben mit Sorge an den neuen Schling denken müssen, der sie vielleicht früher oder später wieder treffen kann. In einem und gerade in dem wesentlichen Punkte stellen die Verhandlungen vor dem preussischen Untersuchungsausschuss ganz von selbst einen Vergleich zwischen den blutigen mitteldeutschen Unruhen und der heutigen Lage her. Deshalb wird man heute schon, auch wenn von Bewusstseinsfragen noch nicht die Rede sein kann, auf diese Verhandlungen mit ein paar Worten eingehen müssen. Herr Goering hat zur Rechtfertigung seiner Politik vor dem Untersuchungsausschuss die Behauptung aufgestellt, die mitteldeutsche Arbeiterbewegung sei damals durch die Gefahr eines rechtspolitisches im allerhöchsten Maße beunruhigt gewesen. Daraus soll sich dann die Begründung für die damalige Regierungspolitik ergeben. Eine Bevölkerung, die sich von einem Rechtsputsch bedroht glaubt, muß natürlich — so lautet die selbstverständliche Folgerung — von der Volksherrschaft möglichst schnell angefaßt werden. Rechtswehr ist erst recht unliebt. Denn wenn der Rechtsputsch droht, so muß die Bevölkerung beim Anmarsch der Rechtswehr glauben, der böse Innere Feind rücke heran. Mit allen diesen Zusammenhängen operierte die damalige Regierungspolitik und es paßt vortrefflich zu dieser ganzen Art, die Dinge anzusehen, daß nach den Zeugenaussagen vor dem Untersuchungsausschuss der sozialdemokratische Stellvertreter Runge, der auf Veranlassung der Regierung der Schutzpolizei beigegeben war, in Eisenbahnen hielte und zu vermitteln versuchte, anstatt die Polizei eingreifen zu lassen. Dieser Einzelzug beweist gewiß nicht alles, aber er beweist doch das eine, daß die Regierung den aufstrebenden Elementen Mitteldeutschlands von vornherein eine schonende Behandlung zubilligte, weil die Bevölkerung angeblich durch den Rechtsputsch gereizt war.

Nun hat am Donnerstag der Merseburger Regierungspräsident von Gersdorf vor dem Untersuchungsausschuss ausgesagt, daß von der Gefahr eines Rechtsputches in Mitteldeutschland und speziell in den Aufbruchgebieten auch nicht der Schatten einer Spur vorhanden war. Diese Aussage war nichts weiter als ein weisloses Scherzgespräch, das die sozialdemokratischen Parteien ihren Anhängern vorspielten, um sie bei der Stange zu halten. Die Verantwortlichkeit dieser Vorgänge mit der heutigen Lage ist frappant. Auch heute arbeiten die sozialdemokratischen Parteien wieder mit der drohenden Gefahr eines Rechtsputches und sie stoßen damit die Massen bis zum Neufahren auf. Bayern wird den Arbeitern als ein Verschwärmer geführt, in dem sich, wie der „Vorwärts“ in seiner gestrigen Abendausgabe bemerkt, „Lindendorff, Oberst Bauer, Ehrhardt und andere Reichsverbände ihr Stützpunkt geben“. Es wird behauptet, daß von diesem „Verschwärmer“ aus der gewalttätige Umsturz der Verfassung für die nächste Zeit vorbereitet werde, und daß die Regierung sehr dieses Treiben bedauere. Wer den „Vorwärts“ liest, kann nicht mehr daran zweifeln, daß die sozialdemokratischen Parteien die Massen gegen diese angebliche Umsturzgefahr zum Kampf aufwiegen. „Die Arbeiter in Bayern und in ganz Deutschland“, so schreibt der „Vorwärts“, „haben ihre Vorbereitungen beendet. Wir wollen den inneren Frieden, wer ihn stört, wird von uns mit allen Mitteln zur Ordnung gerufen werden.“ Das ist dieselbe Strohredensart der politischen Temperament, wie vor den mitteldeutschen Unruhen. Und wenn man nachschaut, so wird man feststellen müssen, daß heute wie damals diese Strohredensart von den Sozialdemokraten völlig grundlos und absichtlich erzeugt worden ist. Man müßte es, daß man dann die Sturmgelichter, die man tief, nicht mehr zu bannen vermag.

Der preussische Ministerpräsident Stöcker hat äußerte sich über die innerpolitische Lage u. a.: „Die gegenwärtige innerpolitische Lage sieht sehr verworren aus und läßt sich trotzdem auf eine einfache Formel bringen: Die Sozialdemokratie kämpft um eine Stärkung der Linken, während Zentrum und Demokraten sich gegen eine Bereinigung der Mitte einsetzen. Worum es eigentlich geht, ist die Frage: Ob sich jetzt in Deutschland die Entscheidungsbünde zwischen rechts und links gewonnen ist. Ich halte diese Stunde noch nicht für gekommen. Ich halte für die nächsten Jahrzehnte eine stark Mitte für eine deutsche Lebens- und Existenzfrage. Eine Rechtsmehrheit bedeutete bis auf weiteres einen unerträglichen außenpolitischen Druck und die latente Gefahr des Bürgerkrieges im Innern. Eine Linksmehrheit würde meines Erachtens im ersten Jahr ins Chaos führen. Die sozialdemokratischen Parteien können allein die Schwere der an das deut-

liche Volk bezantrenden Aufgaben weder ertragen noch meistern. Was wir brauchen, ist Ruhe und Festigkeit in der deutschen Politik, die nur durch eine kompakte Mitte einschließlich eines starken Arbeiterflügels erreichbar ist. Die Sammlung der Kräfte für das Wiedererlangen unserer nationalen Freiheit ist auf diplomatischen Wege allein nicht erreichbar, darauf muß vielmehr auch der Wille des Volkes hingelenkt werden. Die bürgerlichen Kräfte, die den Wiederaufbau unseres Landes frei von politischer und Klassenpolitischer Enge wollen, müssen insbesondere bei der bevorstehenden Steuererhebung erkennen, daß die nichtbestehenden Kräfte nicht einseitig den Forderungen die Gesellschaft abgeben können. Ungerechtere Besteuerung auf der einen Seite und unübersehbare Waffenerbaukosten auf der anderen Seite sind eine politische Unmöglichkeit. Bei dem Streit um Monarchie und Republik halte ich die ganze Problematik für falsch. Die entscheidende Frage auch in der gegenwärtigen Stunde ist, ob eine dünne Oberbehörde oder die schaffende Arbeit Träger der deutschen Aufbaupolitik sein soll. Selbst wenn der Antrag für die Monarchie anzuzeihen wäre, würde ihre Durchführung genau wie vor 80 Jahren in Frankreich scheitern an der Uneinigkeit über den Thronerben. Doch heute in absehbarer Zeit in Deutschland nicht an eine Monarchie gedacht werden kann, ist Gemeingut von mindestens 80 v. H. des deutschen Volkes. Es fällt heute nicht schwer, im Reich und in Preußen einen starken Koalitionsblock zu schaffen, der willens ist, die gegenwärtige Verfassung mit allen staatlichen Nachmitteln nach allen Seiten hin zu verteidigen. Soweit ich die Dinge übersehe, ist eine Einigung in der Sache, das heißt über die Aufgaben, die demnach in der Reichs- und in Preußen bevorstehen, auf breiter Front in durchaus fortschrittlichem Sinne sehr wohl möglich. Was hinderlich ist, sind in der Hauptsache Parteilieferungen und gegenseitiges Mißtrauen. Die preussische Regierungsbildung liegt beim Zentrum und der deutschnationalen Partei. In den nächsten Wochen steht für die deutsche Zukunftsentwicklung großes auf dem Spiel. Möge ein großer Moment nicht ein jähes Verhängnis finden.

Oberschlesien als Spielball der Entente.

Das politische Leben Deutschlands bietet jedem Beobachter, der sich von Parteipolitik nicht verleiten läßt, ein jammervolles Schauspiel. Die Ermordung Erzbergers war für unsere Sozialdemokratie das Signal zur Errichtung einer Kampffront der Linken, die bei einer weiteren Ausprägung der Gegensätze letzten Endes den Bürgerkrieg bedeuten muß. Die Reichsregierung hat zweifellos mindestens eine Billigung der Forderung der Bewegung aus der Hand verloren, und so entstand ein innerpolitischer Wirrwarr, der der deutschen Außenpolitik jede Möglichkeit nimmt, eine feste und gerade Linie zu verfolgen. Deutsche Parteipolitik droht wieder einmal unsere letzte Kraft in einem Augenblick zu lähmen, in dem die Schicksalsentscheidungen von größter Bedeutung für die Nation auf dem Spiele stehen. Sollte das deutsche Volk noch Ohren für die Schicksalsstimme der Gerechtigkeit, so müßte es sich durch die Alarmnachrichten über Oberschlesien aus seiner inneren Zerfahrenheit aufwecken lassen. Bekanntlich ist die Entscheidung über die grundsätzliche bereits feststehende Teilung Oberschlesiens dem Völkerbundrat übertragen worden, der seinerseits vier neutrale Vertreter mit der Klärung der Frage betraut hat. Während dieser Ausscheidung noch an seiner Arbeit sitzt, wissen englische und französische Zeitungen wieder einmal allerlei Mißverständliches zu melden. Die einen behaupten, es sei eine neue Volksabstimmung in Aussicht genommen, die andere, Oberschlesien solle nach dem Muster des Saargebietes zunächst unter internationale Verwaltung genommen werden. Bisherige gehen diese Meldungen auf die Änderung eines Willens des Völkerbundrates zurück, daß die Kommission weder dem englischen noch dem französischen Standpunkt beitreten, sondern einen ganz neuen Weg einschlagen werde. Jedenfalls droht von neuem die Gefahr, daß eine gerechte und endgültige Entscheidung über Oberschlesiens Schicksal nicht vorgenommen, sondern eine Verwickelung auf irgendeinen Kompromißweg verdrängt wird. Unter diesen Umständen müßte Deutschland seine ganze noch vorhandene Kraft aufbieten, um ein neues Spiel mit seinen Lebensinteressen zu verhindern. Die Regierung müßte dazu allerdings die Arme im Innern frei haben und dafür sorgen, daß wieder Ruhe und Ordnung bei uns einkehrt und der Zustand der bewaffneten Alarmbereitschaft, wie er jetzt zwischen den Parteien von links und rechts besteht, ein Ende nimmt. Wenn es auch den großen Massen unseres Volkes an Selbstbehauptung noch fehlen mag, so ist doch zu hoffen, daß wenigstens die Regierung die oberchlesischen Alarmrufe nicht überhört.

Polnische Enttäuschung über Oberschlesien.

Berlin, 8. September. Unter den Polen gewinnt die Auffassung immer mehr Boden, daß die Entscheidung des Völkerbundrates für Polen unangenehm ausfallen wird. Die hauptsächlichsten Führer aus den verschiedenen Kreislagen treffen bereits Maßnahmen für die Überlieferung nach Kongresspolen oder Galizien. Auch sonst machen sich Anzeichen dafür bemerkbar, daß mit der Entscheidung des Völkerbundrates eine Massenabwanderung der Polen aus dem Deutschland angegliederten Gebieten einleiten wird. Die polnische Zeitung „Dziennik Lwow“ mahnt bereits die Polen, in Oberschlesien zu bleiben, auch wenn es teilweise deutsch würde. Es sei zu hoffen, daß die gegenwärtige deutsche Regierung die Germanisierungspolitik gegenüber den Polen nicht fortsetzen werde. Dagegen sind bereits wieder Kräfte an der Arbeit, die neue Unruhen in das Land tragen möchten. So hat sich eine sogenannte oberchlesische Einheitspartei gebildet mit einem Präsidenten namens Sosla an der Spitze. Die Partei verfügt über bedeutende Geldmittel, die anscheinend von französischer Seite stammen.

Lord Cecil über Oberschlesien.

Genf, 8. September. Lord Robert Cecil gab in der heutigen Völkerbundversammlung bei Besprechung des Berichtes des Völkerbundrates folgende Erklärung zur oberchlesischen Frage ab: „Ich will nichts in der Sache selbst sagen, aber die Hoffnung aussprechen, daß der Völkerbundrat nicht nur eine völlig gerechte Lösung finden wird, was selbstverständlich ist, sondern eine Lösung, die aller Welt gerecht erscheint. Denn es genügt nicht, daß eine Lösung gerecht ist, sie muß auch als gerecht empfunden werden.“

Sozialisten und Reichsregierung.

Berlin, 8. September. Wie der „Vorwärts“ meldet, hatten am Mittwoch Vertreter v. C. P. D. mit solchen der U. C. P. D. eine

vertrauliche Aussprache über die politische Lage. Man war sich darüber einig, daß sich zum Schutze der Republik ein gemeinsames Vorgehen beider Parteien empfiehlt. Im Vordergrund stand die bayerische Frage. Allseitig wurde betont, daß die sofortige Aufhebung des Ausnahmezustandes in Bayern unerlässlich sei. Am Abend unterzeichneten beide Parteien den Reichskanzler und den Reichsminister des Innern über ihre Auffassung. Besonders betonten sie, daß kommunistische Blätter verboten werden seien und ließen keinen Zweifel darüber, daß der im wesentlichen gegen die Rechtsabteilungen gerichtete Charakter der Verordnung nicht durch untergeordnete Verwaltungsorgane verwirklicht und nach links umgebogen werden dürfe. Die Regierungsvertreter erklärten, wenn linksstehende Blätter zur Gewaltanwendung gegen die Verfassung oder die Vertreter der Republik aufforderten, so müsse die Verordnung auch gegen sie angewandt werden.

Ausführung der Ueberwachungskommissionen.

Genf, 8. September. Der „Temps“ berichtet, daß der Völkerbundrat dem englischen Vorschlag zugestimmt hat, wonach die Ueberwachungskommissionen in Deutschland, mit Ausnahme der Finanzkontrollkommission, bis zum Januar 1922 aufgelöst werden. Die Voraussetzung ist, daß bis dahin die noch offenen Fragen der deutschen Entwaflnung beiderseitig zufriedenstellend abgeschlossen seien.

Vom Völkerbund.

Genf, 8. September. Die erste Kommission des Völkerbundauschusses beschloß, den Antrag der argentinischen Delegation abzulehnen, wonach alle selbständigen Staaten auf ihr Verlangen in den Völkerbund aufgenommen werden sollen, wobei der Ausschuss jedoch keine Sympathie für die idealen Beweggründe des Antrages ausgesprochen hat.

Genf, 8. September. Den Höhepunkt der Rede Cecil's bedeutete seine Schilderung über das Verhältnis zwischen Völkerbundrat und Amerika in der Mandatsfrage. Es war wohl das erste Mal, daß in der Völkerbundversammlung trotz aller Höflichkeit in der Form Amerika gegenüber sehr deutliche Worte gebraucht wurden. Cecil kündigte an, daß nach langem Stillstehen der amerikanischen Regierung Mitteilungen aus Washington über die amerikanischen Forderungen bei der Behandlung der Mandate eingetroffen seien; er benutzte die Gelegenheit, um die Vorwürfe Amerikas über die europäische Mandatsverteilung zu entkräften, indem er erklärte, daß diejenigen, die an der Verschiebung der Frage schuld seien, kaum das Recht hätten, dem Völkerbunde vorzuerufen, er wolle in der Mandatsfrage Konjunktionspolitik treiben.

Mißhandlung eines Abgeordneten.

Berlin, 8. September. Der deutschnationale Abgeordnete von Cieselschlag wurde in Oelsfeld, als er eine Versammlung von Arbeitern zu besuchen wollte, von einer Gruppe halbwüchsiger Burschen unter wüsten Beschimpfungen verfolgt, in ein Haus gedrängt, schwer bedroht und mißhandelt. Ein Arbeiter versuchte ihn mit den Worten: „Du Schwein, hast 300 Zentner Getreide verschoben!“, zu ohrfeigen. Ein anderer schlug ihn mit einem Stock über die Schulter. Der Inspektor Weinberg aus Oelsfeld, der ihn schützen wollte, wurde durch Fußtritte und Schläge ins Gesicht mißhandelt.

Ausführung des Braunschweiger Verbrechens.

Braunschweig, 8. September. Das staatliche Vernehmungsamt teilt mit: Den unabhängigen Bemühungen der Staatsanwaltschaft und der Polizei ist es gelungen, nahezu restlos Ausführung über eine ganze Reihe von Verbrechen zu schaffen, die fast seit einem Jahre die Bevölkerung unseres Staates beunruhigten. Die Überfälle von Braunlage und Bornwohle, der Überfall am Hagenring, auf der Bodestraße in Braunschweig hängen untereinander zusammen. Sie sind das Werk einer Verbrecherbande, deren Mitglieder fast ausnahmslos ermittelt und verhaftet werden konnten. Die Täter sind größtenteils gefänglich.

Irlands Stellung erfüllt?

Paris, 8. September. Hier wird mit der Möglichkeit eines Abstrittes Irlands gerechnet, und zwar infolge der Unzufriedenheit darüber, daß Frankreich nichts von der ersten Milliarde der Reparationssumme, die Deutschland gezahlt hat, bekommen soll.

Spannung zwischen Polen und Rußland.

Warschau, 8. September. Eine Presseerklärung der Sowjetregierung läßt abt, daß die Spannung zwischen Polen und Rußland sehr bedenklich geworden ist. Schuld hätten die „weißgardistischen“ Formationen Polens, die an der russischen Grenze massiert werden.

Rußlands Klaffe zum Kapitalismus.

Moskau, 8. September. Die Sowjetregierung veröffentlicht ein Dekret, wonach die bisherigen Leistungen des Kommunismus bezahlt werden müssen. Vom 15. September ab müssen Wasser, Licht usw. bezahlt werden, ganz gleich, ob sie von einzelnen Bürgern, Industriellen, Unternehmungen oder Sowjetbehörden ausgenutzt werden. Weiterhin beabsichtigt die Sowjetregierung, die Naturalieferungen an Angestellte und Arbeiter der Staatsbetriebe aufzuheben und auf das reine Geldlohnssystem zurückzugreifen.

Arbeitslosigkeit in England.

London, 8. September. Telegramme aus verschiedenen englischen Städten melden, daß sich die Arbeitslosen in Äugen zu den höchsten Behörden begeben haben, um von ihnen Hilfe zu erhalten. Es sind einige Zusammenkünfte mit der Polizei gemeldet worden. Heute hat die Menge von 8000 Arbeitslosen den Verkehr in den Hauptstraßen von Liverpool unterbrochen. Gleichzeitige Zusammenkünfte haben sich in Bristol und Dundee zugetragen, wo die Polizei mit Feuerwaffen eingreifen mußte.

London, 8. September.

„Morning Post“ meldet aus Schanghai: Truppen der Provinz Szechuan plünderten die Stadt Schang. Ausländische Kanonenboote landeten Truppen zum Schutz der Ausländer.